
Integrative Makropolitik auf nationaler und EU-Ebene*

Arne Heise

Eingangs sollen zwei Banalitäten angeführt werden: Wirtschaftspolitik benötigt eine feste theoretische Basis, soll sie nicht zu pragmatischem ‚*muddling through*‘ verkommen, und die Entwicklung von Wirtschaftstheorie wird nur vor dem Hintergrund zeitgenössischer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen wirklich verständlich. In der Verbindung beider Binsenweisheiten ergibt sich allerdings eine recht schwerwiegende Erkenntnis: Wirtschaftspolitisches Handeln unterliegt, ebenso wie die ökonomische Entwicklung, auf die es Einfluß nehmen soll, zyklischen Wechselfällen – oder es dreht sich im Kreise wie die Figuren der Ankeruhr am Hohen Markt in Wien¹ –, die es mit sich bringen, daß ein erheblicher Erfahrungsschatz aus zurückliegenden Konjunkturzyklen und längeren Stagnationsperioden nur unvollkommen bewahrt und reflektiert wird bzw. sogar gänzlich verloren geht.² Um es vorwegzunehmen: Mit Paul Krugman bin ich der Meinung, daß wir wesentliche Lektionen der Wirtschaftsgeschichte, insbesondere der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, vergessen haben und vielleicht gezwungen werden, „sie noch einmal am eigenen Leibe zu erfahren“.³

Der Keynesianismus ist zweifellos ein Produkt der ‚Großen Depression‘ der dreißiger Jahre und ein Reformversuch, der versagenden Politik traditioneller Prägung mit ihrer Skepsis gegenüber allgemeiner Staatsintervention, dem Vorrang für Preisstabilität und Haushaltsausgleich entgegenzutreten. Wie sich zeigte,⁴ konnte Keynesianische Wirtschaftspolitik allerdings nur vor dem Hintergrund erneuter ökonomischer Zwangslagen – z.B. der ersten wirklichen Nachkriegs-Konjunkturdelle im Jahre 1967 – und einer gesellschaftspolitischen Entwicklung handlungsmächtig werden, die das Management gesamtwirtschaftlicher Aggregate in eine allgemeine Gesellschaftskonzeption integrierte – den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat der siebziger Jahre.⁵ Der Steuerungsoptimismus dieser Zeit ist allerdings längst einem ‚Staats-skeptizismus‘ gewichen, der auch vor den bislang entschiedensten Verfechtern staatsinterventionistischer Politikkonzepte – den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern – nicht haltgemacht hat.⁶

* Vortrag vor dem Kautsky-Kreis im Jänner 2000 in Bad Mitterndorf

Im folgenden will ich mich an einer Rekonstruktion einer Makropolitik für das nächste Jahrhundert versuchen – dies geschieht unter der Akzeptanz der Interventionsnotwendigkeit zum Ausgleich für soziale und ökonomische Fehlsteuerungen einer privateigentümlichen, marktmäßig organisierten Wirtschaft, gleichzeitig aber auch dem Wissen um die Steuerungsgrenzen nationaler staatlicher Wirtschaftspolitik im allgemeinen und deren zunehmende Einengung im Zuge der Globalisierungs- und Integrationsprozesse im besonderen.

Europas drängendstes Problem ist zweifellos die Massenarbeitslosigkeit, der im Maastrichter Prozeß der Europäischen Einigung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.⁷ Nach den Vorstellungen der sogenannten ‚Ökonomen‘ wurde die Preisstabilität zum Ankerpunkt der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion – dem großen Integrationsprojekt der neunziger Jahre. Inflations-, Zins- und Verschuldungskriterien sollten für eine gemeinsame Stabilitätskultur sorgen⁸ – die ebenfalls gemeinsamen Beschäftigungsprobleme wurden den nationalen Arbeitsmarkt- und Tarifparteien überantwortet.

Makroökonomische Beschäftigungspolitik ist ein Politikfeld von äußerster Komplexität – kaum eine industrie-, finanz-, sozial-, lohn-, regional- oder arbeitsmarktpolitische Maßnahme, die nicht auch Auswirkungen auf die Menge, Struktur und Qualität der Beschäftigung(sverhältnisse) in einer Volkswirtschaft hätte. Um diese Komplexität zu reduzieren, aber auch weil sie die Grundlage jeder erfolgreichen beschäftigungspolitischen Strategie bilden, will ich mich in den folgenden Ausführungen auf makroökonomische, prozeßpolitische Eingriffe der öffentlichen Haushaltspolitik und ihre Abstimmung mit den beiden anderen makroökonomischen Politikbereichen Geld- und Lohnpolitik konzentrieren.

1. Falsche Diagnosen oder: Wie die Politik zu einem Teil des Problems wird

Mit der ‚monetaristischen Gegenrevolution‘ übernahm Anfang der achtziger Jahre eine wirtschaftspolitische Vorstellung die Oberhand in Europa, die auf einen Rückzug des Staates aus der wirtschaftspolitischen Stabilisierungsverantwortung setzte: Der ‚keynesianischen‘ Vorstellung vom ‚Marktversagen‘ wurde ein ‚Staatsversagen‘ entgegengestellt. Unter dem Schlagwort ‚Angebotspolitik‘ wurde eine Rückführung der Staatsquote, eine mikroökonomisch orientierte Marktstruktur- bzw. Deregulierungspolitik und ein Abbau des ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘ betrieben. Das dahinterstehende Rational war so einfach wie falsch: Die Wachstumschwäche und die dadurch begründete Arbeitslosigkeit seien Ausdruck vermachteter und überregulierter Arbeitsmärkte und einer Überbeanspruchung des Sozialproduktes durch einen maßlosen und ineffizienten Staat – den Leviathan – und zunehmende Partikularinteressen. Der Anstieg der Lohnquote bis Anfang der siebziger Jahre wurde zum Sinnbild der sich verschlechternden Angebotsbedingungen, die durch steuer- und sozialpoli-

sche Kürzungen und Deregulierungsmaßnahmen verbessert werden sollten. Die erhofften Verteilungsänderungen sollten dann zur sprudelnden Quelle für private Investitionen werden, womit wiederum eine Revitalisierung des Wachstums initiiert werden sollte – mit dem schließlich für Arbeitnehmer positiven Effekt steigender Beschäftigung und höherer Beschäftigungssicherheit. Besonders prononciert fiel die angebotspolitische Wende in Großbritannien aus, wo unter dem Schlachtruf des ‚Thatcherismus‘ ein dramatischer institutioneller Wandel eingeleitet wurde, der – anders als frühere gesetzgeberische Maßnahmen im Wechselspiel zwischen Tories und Labour – heute kaum mehr revidierbar erscheint. Die politische Wende in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der achtziger Jahre war gewiß weniger dramatisch – insbesondere konnte eine Reihe von Errungenschaften des ‚Modells Deutschland‘ wie die Mitbestimmungsgesetzgebung, aber auch die Regulierung der Arbeitsmärkte und die Kollektivität des Tarifsystems gegen den Willen der wirtschaftsliberalen FDP und des Wirtschaftsflügels der CDU verteidigt werden –, und doch war auch hier die Zielsetzung klar: „In einer an Stabilität, Solidität und Solidarität orientierten marktwirtschaftlichen Politik sieht sie (die konservativ-liberale Bundesregierung, A.H.) eine vordringliche Aufgabe darin, Leistungsbereitschaft und Leistungswillen des einzelnen zu fördern, Eigeninitiative und Risikobereitschaft zu wecken, Anpassung und Flexibilität zu stärken und private Leistung wieder lohnender zu machen.“⁹ Schließlich blieb auch der französische Versuch, zu Beginn der Präsidentschaft von Francois Mitterand einen anderen Weg zu beschreiten, ein kurzes Intermezzo, das schnell durch die Politik des ‚Franc fort‘ – der wettbewerbsorientierten Inflationsbekämpfung – abgelöst wurde und ebenso wie in Großbritannien und Deutschland dem in Frankreich nach dem ehemaligen Bundeskanzler ‚Schmidt-Theorem‘ genannten Glauben folgte, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.¹⁰

Gemessen an den selbstgesteckten Zielen muß die Angebotspolitik, die als Standortpolitik auch die neunziger Jahre beherrschte, als gescheitert angesehen werden: Sie hat unabweislich nicht zu einer Revitalisierung des Wirtschaftswachstums geführt, die Arbeitslosigkeit hat sich seit Ende der siebziger Jahre etwa verzweieinhalbfacht, und auch die Staatsquoten und Haushaltspositionen haben sich nicht wirklich verringert – bei allerdings wesentlich höherer Inanspruchnahme der öffentlichen Güter ‚soziale Sicherung‘ und ‚gesamtwirtschaftliche Stabilisierung‘ ist der individuelle Versorgungsgrad wohl deutlich gesunken.

Aber die neoliberale Angebots- und Standortpolitik hat nicht nur gegenüber den eigenen Ansprüchen versagt, eine ausschließlich auf mikroökonomische Marktstrukturen orientierte Politik, deren makroökonomische Zweckausrichtung mit Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung beschrieben werden kann, muß als eigenständiger Teil des Problems angesehen werden: Eine unbedingt restriktive Geldpolitik risikiert nicht nur, immer wieder zyklische Stabilisierungskrisen auszulösen, sie neigt auch dazu, mit der Lohn- und Finanzpolitik in einen dauerhaften Konflikt zu geraten: In der

sogenannten ‚Kooperationsfalle‘ ist die Geldpolitik restriktiver, als es für Preisstabilität notwendig wäre – bei gleichzeitig höherer öffentlicher Verschuldung, geringerem Wirtschaftswachstum und höherer Arbeitslosigkeit.¹¹ Indem zusätzlich die Haushaltskonsolidierung nicht etwa zum Ziel – also dem Ergebnis einer positiven Wirtschaftsentwicklung – gemacht wird, sondern als Eigenzweck Bestandteil – also Determinante – einer an der klassischen (Uralt-)Regel des jederzeit ‚ausgeglichenen Haushalts‘ orientierten Politik staatlicher Zurückhaltung wird, geraten die öffentlichen Haushalte in die von Domar vorgezeichnete ‚Verschuldungs-Falle‘: Der Nominalzins der öffentlichen Schuld übersteigt die Wirtschaftswachstumsrate und zwingt somit die öffentlichen Haushalte zu kaum realisierbaren Primärüberschüssen. Die Folgen sind offensichtlich: Die Zinslast – eine Umverteilung von Lohnbeziehern und Konsumenten (aus deren Einkommen hochgradig die Steuereinnahmen bezogen werden) in Richtung Vermögenseinkommensbezieher – steigt, aktive, investitionsorientierte Haushaltspolitik wird zunehmend eingeschränkt,¹² die passive Verschuldung aber kann schon allein deshalb nicht entscheidend abgebaut werden, weil die gesamtwirtschaftliche Ersparnis der privaten Haushalte nicht von einer entsprechenden Investitionsnachfrage des privaten Unternehmenssektors begleitet wird. Der Versuch, durch Kapitalexperte und entsprechende Leistungsbilanzüberschüsse eine kreislauftheoretische Lösung dieses Problems zu finden, hat lediglich zur internationalen Verschuldungsproblematik beigetragen, die uns jüngst als ‚Asien-Krise‘ einmal mehr begegnete. Und die Hoffnung, die USA könnten auf Dauer ein Leistungsbilanzdefizit von etwa 4 vH des nationalen BIP aufrechterhalten, um die europäischen Überschüsse aufzunehmen, mag sich bald als trügerische Illusion erweisen.

Monetaristische Makropolitik im Zusammenspiel mit mikroökonomischer Deregulierungspolitik war allerdings auf anderem Gebiet durchaus ‚erfolgreich‘: Unter dem Druck steigender Arbeitslosigkeit hat sich die primäre und sekundäre personelle Einkommensverteilung deutlich verändert, wobei allerdings die Lohndispersion mit steigendem Zentralisierungs- bzw. Korporatismusgrad der Kollektivvertragssysteme abnimmt. Der ‚Leistungselite‘ ist es also scheinbar – je nach Ausgestaltung des Tarifsystems in unterschiedlichem Ausmaß – gelungen, ihre Leistung wieder lohnender zu machen. Auf diesen Umstand werde ich später noch zurückkommen.

2. Neue Makropolitik: Zurück zum Keynes der siebziger Jahre?

Es ist absolut grundlegend für jede Politik, die dem Problem der Massenarbeitslosigkeit beikommen will, anzuerkennen, daß eine wirkliche Beschäftigungsteigerung ohne makropolitische Maßnahmen nicht möglich ist. Mikropolitische Maßnahmen (z.B. Deregulierungen) beeinflussen im wesentlichen die Effizienz der eingesetzten Produktionsfaktoren,¹³ makropolitische Maßnahmen hingegen wirken in erster Linie auf die Menge der eingesetzten Faktoren. Dies zeigen die als ‚Modelle‘ gepriesenen Länder wie

die USA, Großbritannien oder die Niederlande ebenso wie jene weniger häufig erwähnten Beispiele Österreich oder Irland.¹⁴ Aber auch die Phasen guter Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik – insbesondere Ende der siebziger und Anfang der neunziger Jahre – zeigen die temporäre Wirksamkeit expansiver Makropolitik. Allerdings werden auch die Erfolgsbedingungen bzw. notwendigen Marktkonstellationen offenkundig:

- Nachhaltige Beschäftigungserfolge können nur realisiert werden, wenn Finanz- und Geldpolitik in die gleiche Richtung wirkten – dies geschah z.B. in der Bundesrepublik nur in sehr wenigen Jahren.¹⁵
- Es bedarf einer Abstimmung von Finanz-, Geld- und Lohnpolitik, um ein Tappen in die ‚Kooperationsfalle‘ zu verhindern. Gelingt eine solche Abstimmung nicht oder wird sie bewußt nicht angestrebt,¹⁶ kommt es zur besonders in Großbritannien immer wieder zu beobachtenden *Stop-and-go*-Politik bzw. zu einer quasi permanenten Stagflation, wie dies stärker für die Bundesrepublik zutrifft. Der offensichtliche Mangel an ‚spontaner Koordination‘ der makroökonomischen Politikbereiche im Falle quasi-autonomer Akteure läßt sich zwar spieltheoretisch recht einfach erklären, verlangt aber nach einer institutionellen Ausgestaltung der Kooperation – ein ‚Makro-Dialog‘ ist erforderlich¹⁷.
- Jede binnenwirtschaftliche Expansion muß außenwirtschaftlich abgesichert werden, soll nicht die Restriktion der Zahlungsbilanz (Thirlwalls Gesetz) oder eine Überbewertung der heimischen Währung die Beschäftigungserfolge gefährden. Extrem beschäftigungsvernichtend ist die Parallelität von binnenwirtschaftlicher Restriktion und außenwirtschaftlicher Belastung – dies erlebten z.B. Großbritannien Anfang der achtziger und die Bundesrepublik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.

Makropolitik am Anfang des 21. Jahrhunderts kann aber kein Zurück zum ‚Krypto-Keynesianismus‘ der siebziger Jahre bedeuten. Einerseits verstand sich diese als ‚Globalsteuerung‘ sogar ins bundesdeutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eingegangene Konzeption in erster Linie als Konjunkturpolitik, die lediglich durch finanzpolitische Impulse den privaten Sektor auf Vollbeschäftigungswachstumskurs zu halten versuchte, andererseits bleiben die angebots- und strukturpolitischen Effekte einer wirkungsvollen Makropolitik bei der Überbetonung der allgemeinen Nachfrageausweitung unsinnigerweise völlig unterbelichtet. Die konjunkturpolitische Interpretation des Keynesianismus übersieht, daß es nicht eigentlich darum geht, einen Zyklus zu glätten (‚Ende der Konjunktur‘), sondern den Wachstumspfad an sich durch dauerhafte Intervention zu verändern. Hierzu aber ist die krypto-keynesianische Politik des ‚*deficit spending*‘ nicht in der Lage, will sie nicht in finanzpolitische Nachhaltigkeits- und Gestaltungsprobleme laufen. Und die Verbindung von Angebots- und Nachfrageeffekten einer neuen makroökonomischen Strategie könnte nicht nur das industrie-, standort- und innovationspolitisch sensibilisierte Publikum besser ansprechen als eine rein nachfragetheoretisch buchstabierte Politik, es ist auch unumgänglich, ihre produktivitätssteigernden Effekte zu benennen. Diese nämlich schrän-

ken einerseits die direkten Beschäftigungseffekte einer neuen Makropolitik ein,¹⁸ schaffen andererseits Spielraum für zusätzliche arbeitszeitpolitische Maßnahmen.

Eine post-orthodoxe Makropolitik muß deshalb mehrgleisig fahren:

- Einerseits muß sie Institutionen schaffen bzw. erhalten, die die Stabilität des privaten Sektors erhöhen und mithin die ökonomische Unsicherheit der handelnden Akteure reduzieren. Dazu gehört der Erhalt der Tarifautonomie und des Kollektivvertragssystems ebenso wie die Schaffung stabilerer internationaler Devisen- und Finanzmärkte. In dieser Hinsicht ist die Europäische Währungsunion zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung.
- Sie muß Institutionen schaffen, die die Verhaltensabstimmung von Finanz-, Geld- und Lohnpolitik ermöglicht oder belohnt, ohne die Tarif- und Notenbankautonomie zu unterminieren.
- Sie muß eine Restrukturierung der öffentlichen Haushalte in Richtung zukunftsorientierter öffentlicher Investitionen ermöglichen. Eine Rückführung der öffentlichen Investitionsquote auf die Größenordnungen vom Ende der siebziger Jahre ist die Voraussetzung für eine aktive Haushaltskonsolidierung, die Ziel, nicht Mittel sein muß. Nur so läßt sich Haushaltskonsolidierung überhaupt sinnvoll interpretieren: ‚nachhaltig‘ im Sinne der Stabilisierung einer gewünschten bzw. akzeptierten Verschuldungsquote, ‚gestaltungsfähig‘ im Sinne einer sinkenden Zinslastquote. Ein nachhaltiges und gestaltungsfähiges Haushaltsdefizit muß sich deshalb an der erwarteten Wachstumsrate des Volkseinkommens ausrichten, die durch die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte nicht unberührt bleiben kann – aus diesem Grunde eine Investitionsorientierung (mit hohen Multiplikator- und Selbstfinanzierungseffekten) und die Ablehnung simpler, ‚goldener‘ Haushaltsregeln.

Es geht also nicht um den schlichten Ersatz fehlender privater durch kreditfinanzierte öffentliche Nachfrage, aber auch nicht um die Beschränkung der öffentlichen Interventionsfähigkeit oder den Rückbau des ‚institutionalisierten Keynesianismus‘,¹⁹ sondern um ein tragfähiges Zusammenspiel von Befriedigung zunehmender öffentlicher Bedarfe (im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, der Forschungs- und Entwicklungsförderung, der Energieeinsparung, des Bildungs- und Gesundheitswesens etc.), der zukunftsorientierten Innovationsförderung und der Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushaltspolitik mit dem Ziel der maximalen Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung – in diesem Sinne kann von einer integrativen Makropolitik gesprochen werden, die den bereits Anfang der achtziger Jahre angemahnten Wandel vom eindimensionalen Staatsinterventionismus zum komplexen Krisenmanagement inhaltlich ausgestaltet.²⁰

3. Makropolitik und Globalismus: Zur Politischen Ökonomie der Meritokratie

Wenngleich die hier vorgeschlagene Makropolitik nicht eine Rückkehr zur Politik des ‚*deficit spending*‘ der siebziger Jahre anstrebt, sondern die neueren Entwicklungen der post-orthodoxen, makroökonomischen Forschung ebenso zu berücksichtigen versucht wie die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wäre es vermessen anzunehmen, die neoliberale Politik der achtziger und neunziger Jahre wäre mangels Alternative betrieben worden – oder anders ausgedrückt: die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen wußten es nicht besser, weil ihnen das hier vorgeschlagene Konzept nicht bekannt war. Eine derartige Argumentation würde die gesellschaftliche Interessengebundenheit von Wirtschaftspolitik ebenso übersehen wie die Tatsache, daß es durchaus einige Länder gab, die – wenn auch nicht als offen verkündete Strategie – Ansätze einer beschäftigungsorientierten Makropolitik verfolgten. Erstaunlicherweise handelt es sich dabei – mit der Ausnahme Österreichs – um jene Ländern, die viel eher mit einer Deregulierungs- und Austeritätspolitik unter den Stichworten ‚Thatcherismus‘ und ‚Reaganomics‘ assoziiert werden: Großbritannien und die USA. Tatsächlich aber sind die Beschäftigungserfolge in beiden Ländern im wesentlichen einer beschäftigungsorientierten Geld- oder Finanzpolitik oder gar einer Kombination beider Politikbereiche zuzurechnen.²¹ Dieses phänomenologische Puzzle gilt es nun zusammenzusetzen. Hier mein Bild: Wenn einerseits Länder eine beschäftigungsorientierte Makropolitik betreiben, die eine radikale Deregulierungspolitik vollzogen haben – mit dem Ergebnis einer Einkommensungleichheit in der Größenordnung des späten 19. Jahrhunderts –, andererseits jene Länder eine makroökonomische Restriktionspolitik verfolgen, deren Institutionen ein relativ hohes Maß an Stabilität aufweisen – wie auch die Einkommensdispersion seit Anfang der achtziger Jahre –, dann spricht einiges dafür, daß es den ‚Leistungseliten‘ (Meritokraten) gelungen ist, die Wirtschaftspolitik für ihre Interessen zu instrumentalisieren: In Großbritannien und den USA muß durch (zeitweise) zupackende Makropolitik verhindert werden, daß die politische Stabilität angesichts zunehmender Ungleichheit leidet, in der Bundesrepublik und Frankreich muß jener Druck erzeugt werden, der – ohne die effizienzfördernden Strukturen des ‚rheinischen Arbeitsbeziehungsmodells‘ wirklich zu zerstören – eine Umverteilung zugunsten der ‚Leistungseliten‘ ermöglicht.²²

Unter dem Schlagwort des ‚Globalismus‘ konnte die Angebotspolitik, die angesichts ausbleibender Beschäftigungserfolge Ende der achtziger Jahre bereits deutlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hatte, als Standortpolitik erneuert und dem Wähler als notwendig verkauft werden.

Wer also eine beschäftigungsorientierte Makropolitik post-orthodoxen Musters durchsetzen will, braucht nicht nur eine überzeugende Strategie,²³ er muß auch konsequent die Interessen der Meritokratie ignorieren und gegen entsprechendes Sperrfeuer durchsetzen. Hilfreich kann dabei ein aus-

geprägtes sozialpartnerschaftliches Umfeld wie in Österreich sein,²⁴ und auch das korporatistische ‚Bündnis für Arbeit‘ in der Bundesrepublik könnte die (Vertrauens-)Grundlage einer späteren kooperativen Makropolitik schaffen – allerdings sieht es gegenwärtig nicht danach aus, als ob dieser Versuch einer ‚antagonistischen Kooperation‘²⁵ erfolgreich sein sollte. Ohne einen prinzipiellen Stimmungswandel im gesellschaftlichen Zeitgeist in Richtung stärkerer Betonung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit aber wird eine neue Makropolitik nicht politikmächtig werden können.

4. Gibt es Anzeichen des Kurswechsels?

Die als ‚Essener Prozeß‘ bezeichnete zunehmende Verortung der beschäftigungspolitischen Verantwortung im europäischen Integrationsprozeß, die schließlich mit der Aufnahme eines eigenständigen Beschäftigungskapitels in die Amsterdamer Revision des Maastrichter Vertrages (vorläufig) endete, wird vom deutschen Ökonomen Jörg Huffschnid²⁶ als Ausdruck des – im wesentlichen französischen – Widerstandes gegen die restriktive Makropolitik der Deutschen Bundesbank und der alten konservativ-liberalen Bundesregierung gesehen – einen substantiellen Kurswechsel sieht Huffschnid noch nicht. Der Politologe Christian Roth (1998) verweist zu Recht auf die lange Geschichte beschäftigungspolitischer Handlungsmöglichkeiten und Dokumente auf europäischer Ebene, sieht aber mit dem Beschäftigungskapitel endlich ein eigenständiges Politikfeld institutionalisiert – als Manifestation der Beschäftigungspolitik als gemeinschaftlicher Verantwortungsbereich. Mit dem im Beschäftigungskapitel (Art. 125 – 130 EGV) festgelegten Verfahren über die Kontrolle und Koordinierung der Beschäftigungsentwicklung und -politik in der EU und der Einrichtung eines ‚Ausschusses für Arbeitsmarkt und Beschäftigung‘ ist gewiß ein wichtiger Schritt auf der Polity-Ebene gemacht worden, der als Kurswechsel – und vielfach auch als Widerspruch zur Stabilitätsorientierung des ‚Stabilitäts- und Wachstumspakts‘ von Dublin – interpretiert werden kann und sicher von der EU-Erweiterung um beschäftigungspolitisch besonders aktive Länder (insbesondere Österreich und Schweden) wesentlich profitierte.²⁷ Daß dies noch keinen Kurswechsel auf der *Policy-Ebene* – und damit eben (leider) keinen Widerspruch zum ‚Stabilitäts- und Wachstumspakt‘ – bedeuten muß, wird ersichtlich, wenn wir uns die Säulen der ‚Beschäftigungspolitik‘ vergegenwärtigen, wie sie die Europäische Kommission seit dem Weißbuch ‚Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung‘ herausgestellt hat: Unter dem Stichwort ‚*employability*‘ werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Humankapitalbildung thematisiert, um die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Unter ‚Flexibilität‘ wird die mikroökonomisch orientierte Anpassungsfähigkeit der Märkte hervorgehoben, unter ‚*entrepreneurship*‘ wird die Förderung der Eigeninitiative und des Unternehmertums betont, und schließlich verstehen die Ökonomen der Europäischen Kommission unter ‚Stabilität‘ die Ausrichtung der Makropolitik an den

monetaristischen Erfordernissen von Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung.²⁸

Erste Erfahrungen mit den ‚beschäftigungspolitischen Leitlinien‘ im Rahmen des neuen Politikfeldes zeigen, daß es sich hierbei im wesentlichen um den Informationsaustausch über nationale Praktiken der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik handelt. Die Verbindlichkeit zusätzlicher Maßnahmen ist gering, auf quantitative Zielvorgaben wurde verzichtet, und die Makropolitik wird ausschließlich als gegebenes Rahmendatum verstanden.

Sowenig also die Einrichtung der Beschäftigungspolitik als gemeinschaftliche Verantwortlichkeit bereits als substantieller Kurswechsel verstanden werden kann, sowenig ermutigen die Signale, die aus Frankreich, der Bundesrepublik oder Großbritannien kommen – jenen Ländern der EU, von deren Politik wir Signalwirkung erwarteten. Blairs Politik des ‚dritten Wegs‘ verzichtet ganz ausdrücklich auf eine eigenständige, beschäftigungsorientierte, makropolitische Komponente und baut ausschließlich auf ‚employability‘. Jospins Politik wird zwar als ‚gemäßigt keynesianisch‘²⁹ bezeichnet, doch drückt sich dies lediglich in Maßnahmen aus, „deren Signalcharakter (als Zeichen des politischen Willens zu einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik) stärker war als ihr realer volkswirtschaftlicher Beitrag: ...“.³⁰ So sympathisch eine Erhöhung der Unternehmenssteuern zur Haushaltskonsolidierung und eine Politik der Arbeitszeitverkürzung auch sein mögen, und so vielversprechend ein Bekenntnis zum Primat der Politik auch ist, eine neue Makropolitik läßt sich daraus noch nicht ableiten. Und schließlich zeigt auch die bisherige Politik der Regierung Schröder nicht, daß die beschworene Neutarierung von Angebots- und Nachfragepolitik³¹ im Sinne der hier dargelegten Prinzipien in der Bundesrepublik gelingen könnte. Vielmehr legt die im sog. Blair-Schröder-Papier zur Diskussion gestellte Neu-Ideologisierung der deutschen Sozialdemokratie im Sinne eines ‚schumpeterianischen Leistungsstaates‘³² nahe, daß die Renaissance einer veränderten, integrativen Makropolitik gar nicht gewünscht, jedenfalls nicht als realistisch eingeschätzt wird³³. Das mikro-korporatistische Politikkonzept des ‚Bündnis für Arbeit‘³⁴ umfaßt deshalb weder von der Akteurskonstellation noch von der Grundkonzeption eine makroökonomische Komponente.³⁵

5. Koordinierte Makropolitik in Europa

Es gibt aber auch Gebiete, die deutliche Spuren eines ‚neuen Denkens‘ erkennen lassen. So haben sich die Regierungen in Deutschland und Frankreich die schon im ersten Entwurf zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von der Delors-Kommission dargelegte Notwendigkeit zur Kooperation auf den Gebieten der Finanz-, Fiskal- und Sozialpolitik zueigen gemacht³⁶ – dies ist besonders wichtig, denn durchgreifende Reformen im Ablauf der Europäischen Integration gab es nur, wenn sie von einer deutsch-französischen Allianz vorangetrieben wurden. Und die Übereinkünfte von Doorn und Frankfurt einer Reihe von europäischen Gewerkschaften zeigen die zunehmende Bereitschaft zur Koordination der Lohnpolitik in der EWU.

Wir wollen die Kooperationserfordernisse schematisieren: Es bedarf einerseits einer horizontalen Kooperation verschiedener nationaler Politikakteure in einem Politikfeld: Mit der Schaffung der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Europäischen Zentralbankensystem (EZBS) ist dies durch eine europäische Vereinheitlichung auf dem Gebiet der Geldpolitik bereits geschehen. Mit den Absprachen von Doorn und Frankfurt sind erste Ansätze einer Koordinierung der Lohnpolitik in der EWU gemacht, allerdings wird es noch ein langer Weg bis zu einem wahrhaft europäischen Kollektivvertragssystem (gegen das sich die Europäischen Arbeitgeberverbände noch mit aller Macht sperren). Die Finanzpolitik (Staatsausgaben) der nationalen Politikakteure wird über ein Koordinierungsverfahren des Maastrichter bzw. Amsterdamer Vertrags abgestimmt, doch atmet dieses Koordinierungsverfahren noch den Geist der monetaristischen Restriktionspolitik.³⁷ Und auf der Seite der Staatseinnahmen – der Fiskalpolitik – gibt es bisher lediglich Absichtserklärungen über eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern, um einen Unterbietungswettbewerb ('unfaire Konkurrenz') zu verhindern. Vielfach wird Harmonisierung mit dem Verlust nationaler Souveränitäten gleichgesetzt und deshalb beargwöhnt, schließlich verhindern auch handfeste nationale ökonomische Partikularinteressen wie im Falle der Zinsabschlagsteuer einen Kompromiß. Auch hier dürfte es noch ein langer Weg bis zur effektiven horizontalen Kooperation der nationalen Akteure sein.³⁸

Trotz der unübersehbaren Schwierigkeiten ist ein Gelingen gleichwohl durchaus wahrscheinlich, weil sich die nationalen Akteure – zumindestens in den großen EU-Mitgliedsländern wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien – wenigstens nicht in einer 'Kooperationsfalle', sondern im sog. '*Chicken-Game*' befinden. D.h. das Erbringen des nationalen Kooperationsbeitrags ist nicht unbedingt vom gleichzeitigen Wohlergehen der anderen nationalen Akteure abhängig (wie es im sog. 'Gefangenen-Dilemma' der Fall wäre), da der Versuch des eigenen Trittbrettfahrens bei gleichem Verhalten der Partnerländer zum schlechtesten aller möglichen Ergebnisse führen würde.³⁹

Zusätzlich bedarf es einer vertikalen Koordinierung der verschiedenen Politikbereiche Geld-, Finanz- und Lohnpolitik über nationalen Grenzen hinweg. Hierfür muß eine Koordinierungsinstitution und ein Koordinierungsverfahren entwickelt werden, welches die 'Kooperationsfalle' umgeht. Der im Amsterdamer Vertrag geschaffene 'Ausschuß für Beschäftigung und Arbeitsmarkt', dem Vertreter der nationalen Regierungen ebenso angehören wie der Europäischen Kommission und zu deren Arbeit auch die Vertreter der Sozialpartner gehört werden, könnte der Nukleus einer solchen Institutionalisierung werden, der durch eine Zusammenarbeit mit dem Ecofin-Rat (Rat der nationalen Finanzminister) und dem Sozialen Dialog (Treffen der Sozialpartner) zu erweitern wäre. Auf dem Kölner EU-Gipfel Mitte des Jahres 1999 ist dann auch formal ein solcher Abstimmungsprozeß – der sogenannte 'Kölner Prozeß' – geschaffen worden. Ob dies bereits eine Grundform des von mir dargestellten 'Makro-Dialogs' auf EU-Ebene ist, muß sich

erst noch zeigen. Auffällig aber ist, daß ein sogenannter *'Policy maker'* fehlt – also ein nationaler Akteur, eine Koalition mehrerer nationaler Akteure oder die EU-Kommission –, der diesen Prozeß in besonderem Maße vorantreibt.⁴⁰ Fraglos aber ist dieser Koordinationsprozeß ungleich schwieriger als im Falle der horizontalen Koordination innerhalb eines Politikfeldes, weil wir uns einerseits tatsächlich in einem 'Gefangenendilemma' befinden, andererseits bislang keine EU-weiten Akteure⁴¹ für die Finanz- und Lohnpolitik bestehen. Es muß deshalb eine Konstruktion gefunden werden, die eine EU-weite Überwölbung der nationalen 'Makro-Dialoge' erlaubt. Oder anders: Der im 'Kölner Prozeß' geschaffene 'Makro-Dialog' auf EU-Ebene muß durch nationale 'Makro-Dialoge' unterfüttert werden, da eine gleichzeitige Koordinierung innerhalb eines Politikfeldes (also z.B. zwischen den nationalen Regierungen im Bereich der Finanzpolitik) und zwischen den Politikfeldern kaum praktikabel erscheint. Es spricht deshalb einiges dafür, 'Makro-Dialoge' auf nationaler Ebene durch supranationale Koordinationsverfahren innerhalb der Politikfelder Finanzpolitik (zur Verhinderung von Trittbrettfahrer-Verhalten) und Lohnpolitik (zur Verhinderung von Lohndumping-Strategien) zu ergänzen. Eine derartige Mehr-Ebenen-Kooperation dürfte einigermaßen labil sein und von ihrem unbedingten Anfangserfolg (Vertrauenszuwachs mit Stabilisierungsfunktion) abhängen.⁴²

6. Ausblick

Eine neue makroökonomische Politik ist ein Muß, wenn Vollbeschäftigung mit sozialer Gerechtigkeit – den Grundlagen des 'rheinischen Modells' – verbunden und für die Europäische Union zum politikmächtigen Konzept werden sollen. Allerdings ist nicht nur der Widerstand der meinungsmachenden Meritokraten zu überwinden, sondern auch ein gewiß sehr kompliziertes Kooperationsgeflecht zu knüpfen und dauerhaft aufrechtzuerhalten. Ob dies gelingen wird oder ob die horizontale Kooperation mittelfristig durch eine Supranationalisierung von Finanz- und Lohnpolitik ersetzt werden muß, bleibt dem Lauf der Geschichte überlassen.⁴³ Von den sozialdemokratischen Regierungen in der EU wären Versuche der Erweiterung des neuen europäischen Politikfeldes 'Beschäftigungspolitik' und erste institutionelle Schritte zu erhoffen gewesen. Diese Hoffnungen sind bislang enttäuscht worden.

Klar ist allerdings, daß eine post-orthodoxe, integrative Makropolitik lediglich die Grundlage für eine ergänzende Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik bilden kann, die einerseits die qualifikatorische und regionale Mobilität der Arbeitnehmer verbessert und mithin der allgegenwärtigen Forderung nach mehr Flexibilität nachkommt, andererseits besonderen Merkmalsträgern bei der Überwindung ihrer speziellen Diskriminierung helfen muß und schließlich mittels flexibler Arbeitsumverteilungsformen die 'Beschäftigungsschwelle' senken hilft.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. auch Rothschild (1979) 9.
- ² Vgl. Mattfeld (1984) 27.
- ³ Krugmann (1998) 10.
- ⁴ Vgl. Spahn (1981); Otto (1996).
- ⁵ Dies zeigt sich auch bei einer genaueren Betrachtung der Wirtschaftspolitik der britischen Thatcher-Regierung: Hier lassen sich durchaus Perioden keynesianischer Makropolitik seit der 2. Hälfte der 80er Jahre belegen, ohne das dies je so benannt worden wäre. Vielmehr ist es der Thatcher-Regierung erfolgreich gelungen, ihrer Politik eine angebotspolitische Orientierung anzukleben; vgl. Heise (1999b) 150.
- ⁶ Vgl. dazu das sog. Blair-Schröder-Papier, s. Heise (1999c).
- ⁷ Vgl. Huffschild (1999); Hödl, Weida (1999) 31ff.
- ⁸ Vgl. de Grauwe (1996).
- ⁹ JB (1985) 216.
- ¹⁰ Vgl. Husson (1997).
- ¹¹ Vgl. Heise (1999d).
- ¹² Heise et al. (1998).
- ¹³ Allerdings ist damit keineswegs behauptet, daß jede mikropolitische Maßnahme einen positiven Effekt auf die Effizienz der Produktionsfaktoren haben muß – dies hängt vom institutionellen Umfeld ab; vgl. Heise (1998a) und Soskice (1997).
- ¹⁴ Vgl. z.B. Nowotny (1999) 359ff; Schettkat (1999).
- ¹⁵ Vgl. Krupp (1985).
- ¹⁶ Sog. Assignment-Konzept; vgl. Härtel (1999).
- ¹⁷ Vgl. Hein, Heise (1999).
- ¹⁸ Dies deshalb, weil sie die ‚Beschäftigungsschwelle‘, also jene BIP-Wachstumsrate, die für eine Konstanz des Beschäftigungsvolumens mindestens erreicht werden muß, erhöht.
- ¹⁹ Schmidt (1998) 48.
- ²⁰ Vgl. Spahn (1981) 274ff.
- ²¹ Vgl. Heise (1997) für Großbritannien und Flassbeck et al. (1997) für die USA.
- ²² Vgl. Heise (1998b).
- ²³ Für eine auf die Bundesrepublik bezogene Strategie vgl. Bartsch, Heise, Tofaute (1994).
- ²⁴ Vgl. Nowotny (1999).
- ²⁵ Vgl. Esser, Schröder (1999).
- ²⁶ Huffschild (1998) 48.
- ²⁷ Vgl. Deppe, Tidow (1999) 99.
- ²⁸ Wie hieraus dennoch eine ‚Attacke auf Maastricht‘ gemacht werden kann, zeigt Rolf H. Hasse (1998).
- ²⁹ Uterwedde (1998) 227.
- ³⁰ Uterwedde (1998) 227.
- ³¹ Vgl. BMF (1999) 42ff.
- ³² Vgl. Jessop (1992).
- ³³ Vgl. Schröder (1998); für eine kritische Einschätzung: Heise (1999c).
- ³⁴ Vgl. Arlt, Nehls (1999).
- ³⁵ Vgl. Hein, Heise (1999).
- ³⁶ In der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft wird großer Wert darauf gelegt, daß sich „Lohn-, Geld- und Finanzpolitik (...) – unterstützt von Strukturreformen – gegenseitig so ergänzen, daß möglichst viele zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.“ (Bundesregierung o.J.: 3)
- ³⁷ Vgl. Huffschild (1999).
- ³⁸ Vgl. Hödl, Weida (1999) 163ff.
- ³⁹ Dies gilt gewiß für die Finanz-, unter gewissen Bedingungen aber auch für die Tarif- und Sozialpolitik. Wenn es im ‚Chicken Game‘ dennoch nicht automatisch zur Kooperation kommt, so kann dies z.B. daran liegen, daß es keine eindeutige Lösung (Nash-Gleich-

gewicht) gibt; vgl. Tsebelis (1990) 61ff. Durch Kommunikation kann die Lösung allerdings bestimmt werden.

⁴⁰ Jörg Huffschrnid (1999) 373 mutmaßt bereits: "Auch der EU-Gipfel in Köln von Anfang Juni 1999 hat diesem konzeptionellen Mangel nicht abgeholfen. Zwar enthält der dort verabschiedete 'Europäische Beschäftigungspakt' den Vorschlag, einen 'makro-ökonomischen Dialog' einzuführen, der 'auf ein möglichst spannungsfreies Zusammenwirken von Lohnentwicklung, Finanz- und Geldpolitik hinwirken' soll. Gleichzeitig unterstreicht er jedoch die strikten Handlungsbeschränkungen für die Finanzpolitik durch die Defizitgrenzen und der Geldpolitik durch den unbedingten Vorrang der Preisstabilität. Als beschäftigungspolitischer Handlungsspielraum bleibt somit nur die Lohnpolitik, 'mit Lohnzuwächsen, die mit der Preisstabilität und der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar sind.' Ein derart einseitig ausgerichteter 'kooperativer makroökonomischer Policy-Mix' steht einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik eher entgegen, als daß er sie fördert. Es besteht also die reale Gefahr, daß die Chance, die sich durch den Widerstand gegen die alte Politik und den Amtsantritt sozialdemokratisch geführter Regierungen eröffnet hatte, ungenutzt vergeht, die Welle des Aufbruchs für eine andere Politik in Randkorrekturen versandet – und die Massenarbeitslosigkeit gar nicht oder nur in Millimeterschritten abnimmt."

⁴¹ In der Lohnpolitik bestehen teilweise nicht einmal handlungsmächtige nationale Akteure.

⁴² Labilität ist übrigens ein Kennzeichen jeder kooperativen bzw. solidarischen Operation und deshalb allein noch kein Grund für Skepsis. Es kommt auf die Regeln, Mechanismen oder Institutionen an, die Kooperation und Solidarität unterstützen; vgl. Lindenberg (1998).

⁴³ Kommt es nicht zur Supranationalisierung oder funktionierenden Kooperation, dann droht der EWU die Selbstblockade, welche die Stabilität des gesamten Integrationsprozesses aufs Spiel setzen würde. Dieser Druck kann die Kooperations- bzw. Supranationalisierungsbereitschaft nur erhöhen.

Literatur

- Arlt, H.-J.; Nehls, S. (Hrsg.), Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere (Opladen 1999).
- Bartsch, K.; Heise, A.; Tofaute, H., Grundzüge eines Modernisierungs- und Beschäftigungsprogrammes (MOB) für die Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 6 (1994) 377 – 390.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF), Neue Wege zu mehr Beschäftigung. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1999, Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte des BMF (Berlin 1999).
- Bundesregierung, Offizieller Text des Präsidenschaftsprogramms (= <http://www.eu-präsidentenschaft.de/01/0102/index.html>, Berlin 1999).
- de Grauwe, P., The Economics of Convergence: Towards Monetary Union in Europe, in: Weltwirtschaftliches Archiv 132/1 (1996) 1 – 27.
- Deppe, F.; Tidow, St., Auf der europäischen Tagesordnung ganz oben' – Ein Neuanfang in der europäischen Beschäftigungspolitik?, in: Busch, K. et al. (Hrsg.), Wege zum sozialen Frieden in Europa. Beiträge des Internationalen Kongresses in Osnabrück 11. – 14. 11. 1998 (Osnabrück 1999) 95 – 111.
- Esser, J.; Schroeder, W., Neues Denken für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1 (1999) 51 – 61.
- Flassbeck, H. et al., Unemployment in Europe and the US: Macroeconomics is the Key, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4 (1997) 412 – 424.
- Härtel, H.-H., Makroökonomische Politik in der EU, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 2 (1999) 116 – 121.
- Hasse, R. H., Politische Attacken auf Maastricht – Elemente eines Wechsels der Paradigmen in Politik und Wirtschaftspolitik, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 47/3 (1998) 347 – 351.

- Hein, E.; Heise, A., Beschäftigungspolitische Möglichkeiten und Beschränkungen des Bündnisses für Arbeit: der fehlende ‚Makro-Dialog‘, in: WSI-Mitteilungen 52/12 (1999).
- Heise, A., Neoliberale Empfehlungen zur Beschäftigungspolitik in Theorie und Praxis: Großbritannien und Deutschland im Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 11 (1997) 758–770.
- Heise, A., Institutioneller Wandel, Beschäftigung und Effizienz. Ein deutsch-britischer Vergleich zur Klärung eines komplexen Zusammenhanges, in: WSI-Mitteilungen 4 (1998a) 233–241.
- Heise, A., The Political Economy of Meritocracy – Unemployment, Globalisation and Inequality (=WSI-Diskussionspapier Nr. 50, Düsseldorf 1998b).
- Heise, A., Perspektiven der Makropolitik im Euroland, in: ders. (Hrsg.), Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union (Marburg 1999a) 193–208.
- Heise, A., Grenzen der Deregulierung. Institutioneller und struktureller Wandel in Großbritannien und Deutschland (Berlin 1999b).
- Heise, A., Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer Notwendigkeit, ideologischer Neuorientierung und sozialer Gerechtigkeit (=WSI-Diskussionspapier Nr. 77, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 1999c).
- Heise, A., Konkurrenz oder Kooperation? Theoretische Grundlagen eines makroökonomischen ‚Bündnis für Arbeit‘, (=WSI-Diskussionspapier Nr. 68, Düsseldorf 1999d).
- Heise, A. et al., Wirtschaftsstandort Deutschland - aus einer anderen Sicht, in: WSI-Mitteilungen 6 (1998) 393–417.
- Hödl, E.; Weida, A., Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Ansatzpunkte und Alternativen fiskalpolitischer Steuerung (Frankfurt u.a. 1999).
- Huffscheid, J., Licht am Ende des Tunnels? Anfänge einer europäischen Beschäftigungspolitik, in: Dreßler, R. et al. (Hrsg.), Jenseits falscher Sachzwänge. Streiten für eine zukunftsfähige Politik (Hamburg 1998) 43–55.
- Huffscheid, J., Europäische Wirtschaftspolitik – Bilanz und Herausforderungen zur Jahrhundertwende, in: Helmedag, F.; Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn (Marburg 1999) 363–378.
- Husson, M., Wettbewerbsorientierte Inflationsbekämpfung oder Arbeitszeitverkürzung?, in: Heise, A. (Hrsg.), Beschäftigungskrise in Europa (Marburg 1997) 85–112.
- Jahresbericht der Bundesregierung (JB) 1985 (Bonn 1986).
- Jessop, B., Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: Demirivic, A. et al. (Hrsg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß (München 1992) 232–262.
- Krugman, P., Von der Schwierigkeit, die Nachfrage zu stärken, in: Berliner Zeitung (12.12.1998), hier: <http://www.wiwi.wiwi-fu-berlin.de/w3/w3collie/krugman/deutsch.htm>
- Krupp, H.-J., Bisherige Ergebnisse alternativer geld- und finanzpolitischer Strategieansätze in der Bundesrepublik Deutschland, in: Langkau, J.; Köhler, C. (Hrsg.), Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung (Bonn 1985) 93ff.
- Lindenberg, S., Solidarity: Its Microfoundations and Macroadependance. A Framing Approach, in: Doreian, P.; Fararo, T. (Hrsg.), The Problem of Solidarity. Theories and Models (Amsterdam 1998) 61–112.
- Mattfeldt, H., Einführung in Keynes' Theorie und Politik, in: ders. (Hrsg.), Keynes. Kommentierte Werkauswahl (Hamburg 1984) 12–64.
- Nowotny, E., The Role of Macroeconomic Policy in Overcoming Slow Economic Growth – International Comparisons and Policy Perspectives, in: Filc, W.; Köhler, C. (Hrsg.), Macroeconomic Causes of Unemployment: Diagnosis and Policy Recommendations (Berlin 1999).
- Roth, Chr., Beschäftigung, in: Bergmann, J.; Lenz, Chr. (Hrsg.), Der Amsterdamer Vertrag. Eine Kommentierung der Neuerungen des EU- und EG-Vertrages (Köln 1998).
- Rothschild, K. W., Markt, Interventionismus, Politik und die Rolle der Wirtschaftswissenschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft 5 (1979, Sondernummer: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi) 9–16.
- Schettkat, R., Small Economy Macroeconomics. The Success of Ireland, Denmark, Austria and the Netherlands Compared, in: Intereconomics (July/August 1999) 159–170.

- Schmidt, I., Keynesianismus – Wissenschaftliche Revolution, wirtschafts-politisches Paradigma oder institutionelles System?, in: Heise, A. (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik (Marburg 1998) 41 – 50.
- Schröder, G., Deutschland im globalen Wettbewerb – Aufgaben der Sozialdemokratie, in: Scherer, K.-J.; Tiemann, H. (Hrsg.), Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (Marburg 1998) 106 – 112.
- Soskice, D., Technologiepolitik, Innovationen und nationale Institutionengefüge, in: Naschold, F. u.a. (Hrsg.), Ökonomische Leistungsfähigkeit und institutionelle Innovation (Berlin 1997) 319 – 348.
- Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), Der Neue Europäische Weg – Wirtschaftsreform im Rahmen der WWU (= http://www.pes.org/deutsch/content4_4b.htm, Oktober 1998).
- Spahn, H.-P., Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik, in: Bombach, G. et al. (Hrsg.), Der Keynesianismus, Bd.1: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik (Berlin u.a. 1981) 211 – 278.
- Tsebelis, G., Nested Games. Rational Choice in Comparative Politics (Berkeley, Los Angeles 1999).
- Uterwedde, H., Die Wirtschaftspolitik der Regierung Jospin – ein erfolgsträchtiges Konzept?, in: Scherrer, P.; Simons, R.; Westermann, K. (Hrsg.), Von den Nachbarn lernen. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa (Marburg 1998) 226 – 235.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag soll versucht werden, eine Makropolitik für das nächste Jahrhundert unter der Akzeptanz der Interventionsnotwendigkeit zum Ausgleich für soziale und ökonomische Fehlsteuerungen einer privateigentümlichen, marktmäßig organisierten Wirtschaft zu rekonstruieren, die gleichwohl die Steuerungsgrenzen nationaler staatlicher Wirtschaftspolitik im allgemeinen und deren zunehmende Einengung im Zuge der Globalisierungs- und Integrationsprozesse im besonderen nicht übersieht. Es zeigt sich, daß eine neue makroökonomische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik ein Muß ist, wenn Vollbeschäftigung mit sozialer Gerechtigkeit verbunden und für die Europäische Union zum politikmächtigen Konzept werden soll. Allerdings ist dazu nicht nur der Widerstand der meinungsmachenden Leistungselite zu überwinden, sondern auch ein kompliziertes Kooperationsgeflecht zu knüpfen.